

## Die Hebelwirtschaft der DDR - Zur Kritik einer moralischen Ökonomie

Mit den ersten Versuchen praktischer Kritik der bürgerlichen Gesellschaft waren bereits Bemühungen verbunden, die Gestalt der angezielten neuen Gesellschaft genauer zu bestimmen. Als die Bolschewiki in Folge von Oktoberrevolution und Bürgerkrieg die Umgestaltung eines ganzen Landes nach neuen, kommunistischen Prinzipien auf die Tagesordnung stellten, begann eine neue, heftige Debatte um den Charakter der entstehenden Gesellschaft. Dabei war zunächst alles umstritten, selbst die bloße Existenz sozialökonomischer Notwendigkeiten wurde zeitweise zugunsten einer voluntaristischen Position verneint, die im beschlossenen Produktionspläne oder der Diktatur des Proletariates das einzig mögliche Gesetz einer sozialistischen Gesellschaft sah. Die "Objektivität ökonomischer Gesetze" im Sozialismus, ihre verzwickte "Wirkungsweise" - vornehmlich durch "das bewußte Wirken der Partei" - konnten bis zum Schluß nicht recht geklärt werden. Dennoch gelang spätestens mit der Publikation des einschlägigen Lehrbuchs im Jahre 1954 die Errichtung einer eigenständigen wissenschaftlichen Disziplin, der "Politischen Ökonomie des Sozialismus". Die damit erzielte Normalisierung des Lehrbetriebs kanonisierte eine, seit Ende der 30er Jahre betriebene "doktrinäre Verdolmetschung" des ökonomischen Alltags in der Sowjetunion. Über eine Vielzahl von Revisionen hinweg erhielt sich der Grundbestand der dort festgeschriebenen Positionen.

Nun sollte man, ebensowenig wie in allen anderen Fällen, diese Gesellschaften danach beurteilen, was sie von sich selber dachten. Daher verwende ich zur Beschreibung der Länder des Warschauer Vertrags ein Wort, das nicht im Duden steht, das Adjektiv "nominalsozialistisch". Der wesentliche Bezug der dort realisierten Gesellschaftspolitik auf die Ziele und Traditionen der sozialistischen Bewegungen wird damit ebenso benannt, wie der gründliche Zweifel am sozialistischen Charakter jener Länder ausgedrückt ist. Ich bestreite niemandem das Recht, jene Länder "sozialistisch" zu nennen. "Sozialismus" ist weder ein eingetragenes Warenzeichen noch ein Ehrentitel, der von einer bevollmächtigten Instanz vergeben wird. Andererseits sollte jedoch eine Erklärung jener Gesellschaften eine Klarstellung der ihnen so notwendigen ideologischen Formen einschließen.

Ob die im folgenden vorgestellten allgemeinen Behauptungen über die ökonomische Struktur der nominalsozialistischen Gesellschaften zutreffend sind, müssen weitere Untersuchungen zeigen. Ich habe sie in der Betrachtung von nur 20 Jahren der Geschichte eines Landes entwickelt. Dies mag eine zu geringe Ausgangsbasis sein. Eine bloße Ausweitung des Themas wird aber kaum Abhilfe schaffen: Vergleichende Untersuchungen setzen die Kenntnis der Vergleichsgegenstände voraus.

Die Behauptung eines allgegenwärtigen Stalinismus ersetzt solche Kenntnis nicht. Unstrittig ist, daß sich in der Sowjetunion der 20er und frühen 30er Jahre gesellschaftliche Verhältnisse und soziale Subjekte herausgebildet haben, die für die weitere Entwicklung bis 1989 bestimmend geblieben sind. Entscheidend dafür war sicher die Herausbildung der Politbürokratie.<sup>1</sup> Für irrig halte ich dagegen die Auffassung, diese Verhältnisse wären bruchlos bis in die 80er Jahre erhalten geblieben. Mit Boris Lewytzkij gehe ich davon aus, daß sich mit der Jeshowschtschina (1937/38) in der Sowjetunion eine, im Vergleich zu den 20er und frühen 30er Jahren, neue soziale Ordnung herausbildete. "Ihr wesentlichstes

<sup>1</sup> Die damit verbundenen personellen Kontinuitäten verkörperte wie kaum ein anderer Anastas I. Mikojan.

Merkmal war, daß nicht die Partei, sondern der polizeiliche Terrorapparat ihre Grundlage bildete."<sup>2</sup>

Über die Gründe für die Ausweitung des mörderischen Terrors auf die Partei gibt das berüchtigte Telegramm Stalins und Shdanovs vom 25.9.1936 Auskunft, in dem die Ablösung Jagodas als Volkskommissar für innere Angelegenheiten durch Jeshov folgendermaßen begründet wurde: "Die GPU ist in dieser Angelegenheit um vier Jahre zurück."<sup>3</sup> Vier Jahre zuvor hatte am 14.9.1932 mit einer Denunziation die Zerschlagung des "Bundes der Marxisten - Leninisten" begonnen. Auf der Grundlage einer von M. Rjutin ausgearbeiteten Plattform wollten damals sowjetische Kommunisten eine konspirativ arbeitende politische Organisation schaffen, die zur Rettung der Sowjetunion auf eine politische Ablösung Stalins vom Posten des Generalsekretärs orientierte.<sup>4</sup> Der damalige Versuch Stalins, im Politbüro ein Todesurteil gegen Rjutin zu erreichen, scheiterte an der Verweigerung seiner Mitstreiter.<sup>5</sup> Zwar hatte die Krise des Jahres 1932<sup>6</sup> die Treue der Parteiführung zum Generalsekretär eindringlich unter Beweis gestellt, aber diese freiwillige Unterordnung sollte durch einen bedingungslosen Gehorsam abgelöst werden. Der Terror, der auf dem Lande<sup>7</sup> und in der Stadt<sup>8</sup> herrschte, wurde nun verschärft und auch gegen die Politbürokratie gerichtet. Mit der Vernichtung der Stalinisten der ersten Stunde wurde die 1928 eingeleitete soziale Konterrevolution abgeschlossen. Die Verfügung über den Sicherheitsapparat garantierte die alternativlose Verpflichtung der Politbürokratie auf den Despoten.<sup>9</sup>

Erst die Errichtung der unbegrenzten persönlichen Macht Stalins stabilisierte die gewaltsame Industrialisierung der Sowjetunion. Der Stalinismus ist eine moderne Despotie, die sich weder aus vermeintlich orientalischen Wurzeln noch aus technologischen Zwängen ("industrielle Despotie") erklären läßt.<sup>10</sup> Die Umsetzung des politischen Zentralismus in alle Lebensbereiche beförderte eine zunehmende und differenzierte Bürokratisierung und Formalisierung aller Entscheidungswege, welche die beabsichtigte totale Kontrolle unmöglich machte.<sup>11</sup> Die Funktion der

<sup>2</sup> Boris Lewytskyj: Die Kommunistische Partei der Sowjetunion. Porträt eines Ordens, Stuttgart 1967. S. 26ff, hier S. 37. Die Durchsetzung einer entsprechenden Struktur in den Ländern Osteuropas ist wesentlich mit der Tätigkeit des sowjetischen MWD verbunden.

<sup>3</sup> Schauprozesse unter Stalin. 1932- 1952, S. 187. Vgl. zu diesem Komplex die Angaben bei W. Hedeler; Planung, Inszenierung und Wirkung der Moskauer Schauprozesse von 1936, 1937 und 1938 in der UdSSR. Eine Chronik. Berlin 1996

<sup>4</sup> Schauprozesse unter Stalin. 1932- 1952. Berlin 1990, S. 21ff

<sup>5</sup> R. Conquest, Stalin. München 1991, S. 217; D. Wolkogonow, Triumph und Tragödie, Berlin 1990, Bd. 1/2, S. 73

<sup>6</sup> I. Deutscher, Stalin, Berlin 1990, S. 428ff.

<sup>7</sup> S. Merl, Bauernprotest in Sowjetrußland zwischen 1917 und 1941, in 1999, Heft 4/93, S.11ff, hier S. 21ff und die dort angegebene Literatur

<sup>8</sup> Eine instruktive Schilderung gibt V. Serge, Erinnerungen eines Revolutionärs 1901 - 1941, Hamburg 1977, S. 273- 363

<sup>9</sup> Exemplarisch wird dies in der Entscheidung über den Fall Rykow und Bucharin, der am 27.2.37 auf Vorschlag Stalins dem NKWD zur "Nachermittlung" übergeben wurde.(Unpersonen, wer waren sie wirklich? Berlin 1990, S. 43ff)

<sup>10</sup> Interessanterweise knüpfen die Schriftsteller, die in der UdSSR eine industrielle Despotie verwirklicht sahen, an einseitige Auffassungen über die asiatische Produktionsweise an, in denen bereits dem technologischen Moment (Wasserkontrolle) eine bestimmende Rolle in der Formierung der Gesellschaft zugemessen wurde. Vgl. L. Krader, The Asiatic Mode of Production, Assen 1975; vgl. derselbe in: Antworten auf Bahros Herausforderung des "realen Sozialismus" (Hg. U. Wolter); Berlin 1978, S. 100ff

<sup>11</sup> Lewytskyj, S. 102ff und 152f. Schon aus diesen formalen Gründen entspricht auch die stalinistische Despotie - ebenso wie der deutsche Faschismus - den Vorstellungen einer "totalitären Herrschaft" nicht. Dabei führt die eigentümliche Fehlleistung der Totalitarismustheoretiker, den Anspruch auf totale Kontrolle mit seiner Verwirklichung zu verwechseln, im Falle der Sowjetunion zur Vernachlässigung der sozialen Basis des Stalinismus und der entscheidenden Rolle ihrer schöpferischen Tätigkeit. Im Falle des deutschen Faschismus wird die feste Verankerung im

Politbürokratie reduzierte sich dabei auf eine Mobilisierungsagentur, die mit der Ausarbeitung der Politik wenig zu tun hatte, für ihre Umsetzung jedoch unabdingbar war. In dieser Beschränkung gelang ihr die Katechisierung des Marxismus, seine Zurichtung zu einer Religion.<sup>12</sup> Wie die Industrialisierung selbst setzte die gewaltsame Neuordnung der zerstörten Sozialstruktur des Landes eine massenhafte Beteiligung der Bevölkerung voraus, in der die Benutzung, Zerstörung und partielle Befriedigung der unterschiedlichen Normen moralischen Wirtschaftens unter der Arbeiterklasse und der Bauernschaft eine entscheidende Rolle spielte.<sup>13</sup> Daß auch Herrschaftsverhältnissen "unter allen Umständen" nichts anderes sein können als ein wechselseitiges Verhalten der Individuen, hebt ihre Objektivität gegenüber diesen Individuen nicht auf.<sup>14</sup>

Die Unterordnung der Politbürokratie wurde nach dem Tode Stalins von dieser selbst revidiert. Im Interesse sachlicher Präzision halte ich es für nötig, Stalinismus ausschließlich unter Bezug auf die Geschichte despotischer Herrschaft zwischen 1928 und 1953 zu bestimmen. Die politbürokratische Herrschaft, die sich in der SU zwischen 1953 und 1964 durchsetzte, brach mit wesentlichen Elementen des Stalinismus durch die Wiedereinführung einer kollektiven Führung, den Übergang vom umfassenden und unbegrenzten Terror zur zweckgebundenen Repression, die Beseitigung des Systems der Zwangsarbeit<sup>15</sup> (Status der Kolchosarbeiter, GULAG), die Garantie der führenden Rolle der Partei und die Anerkennung der Fachbürokratien. Mit einer retrospektiven Ausweitung des Stalinismusbegriffs ist der Kritik an nominalsozialistischen Verhältnissen m.E. nicht gedient.<sup>16</sup>

Die Macht der Politbürokratie resultierte nicht aus ihrer Verfügung über die Gewaltapparate, sondern die Verfügung über die Gewaltapparate bildete ein Element ihrer gesellschaftlichen Stellung. Selbst das Recycling der Totalitarismuskonzeption<sup>17</sup>, wie es am Forschungsverbund "SED- Staat" bei der Ausdeutung der DDR- Geschichte betrieben wird, kann an den deutlichen Unterschieden zu den Gewaltverhältnissen im Stalinismus nicht vorbeigehen. Daher entschließen sich die politikfähigen Theoretiker zur Modifikation: "Ein System totalitärer Herrschaft wird ... durch ein monistisches Machtzentrum mit unbegrenztem und ausschließlichem Machtanspruch und Machtbereich sowie durch eine Ideologie mit Ausschließlichkeitscharakter gekennzeichnet. Ein weniger auf die Art der Durchsetzung als auf den Anspruch und flexible Durchsetzungsformen fixierter Totalitarismusbegriff relativiert die Bedeutung von

---

Rahmen kapitalistischer Verhältnisse ignoriert.

12 B. Lewytzkyj, S. 127ff, der den Terminus "Katechismusmarxismus" von T. Pirker übernommen hat.

13 A. Busgalin/ A. Kolganiov, Kak byla vozdvignuta 'administrativnaja sistema' (Wie wurde das 'administrative System' errichtet. Woprossys ekonomiki 12/88, S. 25ff; Vgl. auch den Roman A. Platonovs, Die Baugrube.

14 Polemik mit Sancho: MEW 3, S. 422f

15 Zwangsarbeit wird durch eine doppelte Enteignung der Arbeitenden charakterisiert, neben der, für Lohnarbeiter typischen Enteignung von den Produktionsmitteln steht dabei die Enteignung von der eigenen Arbeitskraft. Vgl. K.H. Roth, IG Auschwitz, in 1999, Heft 4/89, S. 11ff.

16 So wird in der Charakterisierung des Stalinismus als einer Form politbürokratischer Herrschaft (W. Süß, Th. Klein) der Unterschied zur Nachkriegszeit verwischt. Th. Pirker hat versucht, unter Bezug auf Lewytzkyjs Arbeiten das Konzept despotischer Herrschaft dennoch auf die Nach-stalinsche Entwicklung auszuweiten. Er operierte dabei mit der Annahme eines "proletarischen Despotismus", der durch das Fehlen selbständiger Rationalitätskriterien unterschiedlicher Handlungsbereiche zur Personenfixiertheit der nominalsozialistischen Entscheidungsstrukturen geführt habe. (Theo Pirker/ M. R. Lepsius/ R. Weinert/ H.-H. Hertle: Der Plan als Befehl und Fiktion; Opladen 1995, Beitrag Pirker S. 365ff (im folgenden: *Der Plan*, Autor, Seite)) M.E. erfordern die von Pirker erforschten Abläufe eine andere Erklärung, die den real existierenden Kollektivismus der politbürokratischen Entscheidungsfindung berücksichtigt.

17 Angesichts der wenigen und peripheren Bezüge auf die Arbeit H. Ahrendts halte ich es für übertrieben, hier von Totalitarismustheorie zu sprechen.

Terror und Gewaltverbrechen und zielt stärker auf die Latenz von Terror und Gewalt und die Ausschaltung von Pluralität.<sup>18</sup> - Womit man dann glücklich bei Kennzeichen angelangt ist, nach denen "die DDR unschwer als totalitäre Gesellschaft bzw. als eine Gesellschaft mit totalitären Zügen eingeordnet werden kann."<sup>19</sup> Nun gilt es nicht unbedingt als theoretisch gesicherte Erkenntnis, daß Gesellschaften nach den Ansprüchen und der Ideologie ihrer Herrschaft zu klassifizieren sind. Der tatsächliche Machtbereich der Politbürokratie aber war vielleicht unbegrenzt, jedoch nicht unbeschränkt: wenn auch eine Grenze ihrer Interventionsmöglichkeiten nicht zu fixieren ist, so existierten doch sozial zentrale Bereiche, in die praktisch nicht eingegriffen werden konnte und nicht eingegriffen wurde. Bernd Gehrke hat jüngst in der Zeitschrift "telegraph" eine treffende Kritik jener Auffassungen vorgelegt. Er stellt dabei mit der gebotenen Unhöflichkeit fest: "Wer ... meint, die Möglichkeiten eines Terrors wie im 3. Reich oder in der Sowjetunion bis 1953 wären einer Gesellschaft, auch einer despotischen, beliebig einsetzbar und hätten in der DDR als "Potentialität" im Sinne jederzeitiger Abberufbarkeit und Einführung bestanden, der hat weder von der Geschichte im allgemeinen noch von der DDR im besonderen das geringste verstanden."<sup>20</sup>

Zur Erklärung politbürokratischer Herrschaft wird im folgenden ein Konzept moralischer Ökonomie eingeführt. Diese Überlegungen beziehen sich selbstverständlich auf E.P. Thompsons Untersuchungen zur Bildung der englischen Arbeiterklasse.<sup>21</sup> Die Überlegungen Thompsons und anderer können für die Untersuchung der nominalsozialistischen Länder fruchtbar gemacht werden, wenn es gelingt, eine moralische Ökonomie nicht als Gebäude von Gedanken und Vorstellungen, sondern als praktizierten ökonomischen Zusammenhang zu charakterisieren. Sicher verweist der Begriff auf die Entstehung des Nominalsozialismus aus kapitalistischen Gesellschaften heraus. Mit allen den bekannten Muttermalen und Spuren des Kapitalismus teilt sein Gegenstand aber das Schicksal, daß sie im Rahmen nominalsozialistischer Verhältnisse beständig reproduziert wurden. Dies gilt es zu begreifen.

In der DDR erhob die SED 1971 mit der sogenannten Politik der Hauptaufgabe, der "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" zentrale Elemente der moralischen Ökonomie (instrumentelle Bestimmung der Ökonomie, planmäßig proportionale Entwicklung, Leistungsprinzip) zu ihrer unmittelbaren Handlungsdoctrin.<sup>22</sup> Die Vermittlung durch eine mittelfristige Strategie (Gestaltung des ÖSS) fiel fort. Der Alltag der sozialen Gegensätze wurde mit einem ihm entsprechenden Staatsprogramm zusammengeschlossen. Auf der praktischen Umsetzung gemeinsam geteilter Mißverständnisse über die je eigene Situation beruhte die Übereinstimmung von Volk und Partei. Diese Übereinstimmung fand ihren Ausdruck in parteieigenen wie westlichen Untersuchungen, und muß mit dem Hinweis auf ihre Widersprüche nicht

18 K. Schroeder, Einleitung: Die DDR als politische Gesellschaft. In: Geschichte und Transformation des SED- Staates, Hg. K. Schroeder, Berlin 1994, S. 11ff, hier S. 13f.

19 ebenda, S. 13

20 B. Gehrke: Martin Janders Abwicklung der DDR- Opposition, Teil 3; telegraph Nr 10/1996, S. 27ff, hier S. 31.

21 Edward P. Thompson: The making of english working class, London 1963, deutsch: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, Frankfurt a.M. 1987. Mit dem Terminus "moralische Ökonomie" bezeichnet Thompson eine "in sich geschlossene, traditionsbestimmte Auffassung von sozialen Normen und Verpflichtungen und von den angemessenen wirtschaftlichen Funktionen mehrerer Glieder innerhalb des Gemeinwesens", die das Zentrum des Alltagsbewußtseins von Unterschichten in bürgerlichen Gesellschaften ausmacht. (E.P. Thompson, Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Frankfurt/M. und Berlin 1980, S. 69f)

22 Erich. Honecker, Bericht des ZK an den VIII. Parteitag, in: Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitags der SED, Berlin 1971, S. 62.

geleugnet, sondern davon ausgehend erklärt werden.<sup>23</sup> Sie bildete die Grundlage für die Beherrschung der wirtschaftlichen und administrativen Apparate durch die Politbürokratie. Den einzelnen Schritten und Faktoren des Zerfalls dieser Übereinstimmung wie des Landes kann hier nicht nachgegangen werden.<sup>24</sup> Aber die Grundsätze der moralischen Ökonomie ermöglichen nicht nur einen Einblick in die Funktionsweise der nominalsozialistischen Nationalökonomien, sie erläutern zugleich einige Besonderheiten ihres Endes und der heutigen Wiederherstellung des Kapitalismus im Osten Europas.

Die Bedeutung theoretischer Debatten für die politische Selbstbestimmung war im widerständigen Milieu der DDR- Gesellschaft nicht unumstritten. Das Bedürfnis nach theoretischer Klärung hatte außertheoretische Gründe, welche die Ausdauer und Genauigkeit der Diskutanten beeinflussten. Dennoch prägte die Verständigung über den Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse im Ostblock, in den Ländern, die sich selbst "realsozialistisch" nannten, den Willensbildungsprozeß der oppositionellen Gruppen. Im Zentrum dieser Debatten stand die Untersuchung des Entstehungs- und Reproduktionszusammenhangs der herrschenden Verhältnisse. Allen Beteiligten waren die außerordentlichen Schwierigkeiten empirischer Aufklärung über den Zustand der "geschlossenen Gesellschaft" bewußt. Die heutige Debatte über diesen Gegenstand kann über eine viel breitere Quellenbasis verfügen, als die Diskussionen der 80er Jahre. Die Auswertung dieser Quellen geht jedoch nur langsam voran. Die Konfrontation ihrer ersten Ergebnisse mit den Einschätzungen der Opposition verspricht auch Aufschluß über die politischen Entscheidungen der DDR - Opposition im Herbst 1989.

### **1. Das Ökonomische Grundgesetz**

Mit der Ausbildung der *Politischen Ökonomie des Sozialismus* wurde eine alte Überzeugung der Arbeiterbewegung als Grundgesetz des Theoriegebäudes ausgezeichnet. Im Sozialismus solle die Produktion nicht mehr auf den Profit, sondern auf die Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft zielen. Diese Annahme bezieht sich nicht nur negativ auf die Weise bürgerlicher Reichtumsproduktion, sondern geht wesentlich von einem ihrer Resultate aus, daß nämlich mit der erreichten Herrschaft über die Natur der Zweck der Produktion nicht mehr natürlich und selbstverständlich gegeben, nicht mehr auf eine einfache Reproduktion des Gemeinwesens beschränkt ist. Ungeachtet vieler romantischer Posen hat man daher zurecht in der Industrie die Grundlage moralischen Wirtschaftens gesehen. Die Herrschaft über die Natur basiert aber auf der vielfältigen Abhängigkeit von anderen. Das Produkt der eigenen Arbeit ist bei industrieller Fertigung wesentlich Nicht- Gebrauchswert für den Produzenten. In der gesellschaftlichen Arbeitsteilung vergrößert sich mit der Beschränktheit und Spezialisierung des einzelnen Produkts zugleich die Abhängigkeit der ökonomischen Subjekte von der Befriedigung vielfältiger Bedürfnisse.<sup>25</sup> Dies schließt die Existenz unproduktiver Bereiche ein, die ihre Funktionen in der

23 Vgl. zu diesem Problemkreis: Peter Förster/ Günter Roski: DDR zwischen Wende und Wahl, Berlin 1990, S. 31ff; Heinz Niemann: Meinungsforschung in der DDR, Köln 1993; Heinz Niemann: Hinterm Zaun, Berlin 1995

24 Einen ersten Überblick enthält Sebastian Gerhardt: Politbürokratie und Hebelwirtschaft in der DDR, hefte zur ddr - Geschichte Nr. 45, Berlin 1997. Eine ausführlichere Darstellung, die auch eine Kritik der "Wende" und der Währungsunion enthält, soll noch 1999 unter dem Titel "Ausgehebelt" erscheinen.

25 MEW 25, S. 828. Um allzu verbreiteten Mißverständnissen zu entgehen sei betont, das die Spezialisierung des Produkts nicht mit einer Verarmung und Beschränkung der entsprechenden Produktionstätigkeit einher gehen muß. Dies zeigt sich deutlich an der Verwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Produktion.

Verteilung und Konsumtion des gesellschaftlichen Produktes haben. Die eigene Reproduktion ist durch die Arbeit der anderen vermittelt. Die Bedürfnisse nach individueller Konsumtion<sup>26</sup> müssen sich daher durch Realisierung eines Einkommens, die produktive Konsumtion<sup>27</sup> muß über das Erlangen von Zulieferungen befriedigt werden. Diesen Zusammenhang, daß für die einzelnen nur produziert werden kann, indem gesellschaftlich kooperiert wird, stellt das *Ökonomische Grundgesetz*<sup>28</sup> geradezu auf den Kopf. Es setzt einerseits in Gestalt der "Bedürfnisse der Gesellschaft" eine Einigung über gemeinsame Ziele voraus, und schweigt andererseits über den notwendigen Zusammenhang der Teilarbeiten. Noch vor einer Untersuchung der Ökonomie soll über den Zweck des Produzierens bereits entschieden sein.<sup>29</sup> Da die Wirtschaft als bloßes Mittel zur Realisierung eines gesamtgesellschaftlichen Zieles gilt, erscheint dieses Ziel als ihr äußerlich: hier liegt die Grundlage für alle Hebelrhetorik. Aber die Produktion ist nicht nur Mittel zum Zwecke der Konsumtion.<sup>30</sup> Wird die Produktion der Bedürfnisse<sup>31</sup> ignoriert, so verwandeln sie sich in unbeeinflussbare, naturwüchsige Voraussetzung des Arbeitsprozesses.<sup>32</sup> Der Produktion gemeinsamer Zwecke ist damit die Grundlage entzogen, die gute Absicht steht sich durch die Abwehr jeder Kritik am System der Bedürfnisse im Wege.<sup>33</sup> *Eine Wirtschaft, die auf die Realisierung eines vorgefaßten gesellschaftlichen Zwecks festgelegt wird, und gerade dadurch die Feststellung eines gemeinsamen Zwecks verunmöglicht, nenne ich eine moralische Ökonomie.*

Der Widerspruch moralischen Wirtschaftens tritt in Analysen der nominalsozialistischen Ökonomie oft nicht zutage, weil dem Betrachter schon die schnöde Willensfreiheit als unerklärbares Mysterium gilt. Freie Zwecksetzung kann dann nur noch als idealistische Übertreibung oder vermeintliche Aufhebung der Arbeit vorgestellt werden. Die Tatsache, daß ausgerechnet Marxisten mit solchen Fragen Probleme haben, liegt aber nun gar nicht an ihrem Namenspatron. Wer mit Hegel nichts anzufangen weiß, kann zur Entstehung und

---

26 Diese ist kein Prozeß beziehungsloser Atome, sondern besteht in der (Re)produktion des lebendigen Individuums und wird wesentlich in Formen familiären Zusammenlebens realisiert. Die Familie ist einer moralischen Ökonomie nicht nur Keimzelle der Gesellschaft, sondern ein Symbol ihrer außerökonomischen Identität. In der klaren Trennung von Familie und Erwerbsleben ist die nichttraditionelle, bürgerliche Grundlage moralischen Wirtschaftens erkennbar. Sie schloß die Konservierung der geschlechtlichen Arbeitsteilung ein. Auch die Arbeiten im notwendigen, aber nicht produktiven Bereich der individuellen Reproduktion wurden mehrheitlich Frauen zugewiesen und schlechter bezahlt. (Arbeit in der individuellen Reproduktion kann nur als produktiv angesehen werden, wenn man das lebendige Individuum als einen Gebrauchswert, als ein Mittel zum Zweck betrachtet.)

27 MEW 23, S. 198.

28 Als solches erstmals formuliert bei J.W. Stalin: *Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR*, Berlin 1952, S. 41.

29 Claus Krömke in: Theo Pirker e.a.: *Der Plan ...*, S. 49.

30 K. Marx: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (GR)*, Berlin 1974, S. 14ff (bzw. MEW 13, S. 624ff oder MEW 42, S. 28f) und MEW 23, S. 198.

31 MEW 42, S. 25ff, bzw. GR, S. 11ff, vgl. MEW 23, 198.

32 Den resultierenden Dualismus beschreibt eine Aussage von Vladimir A. Bazarov: "In Umbildung eines bekannten Aphorismus Kants könnte man sagen, daß die teleologische Aufstellung des Perspektivplanes ohne ihre genetische Begründung leer, und die genetische Untersuchung ohne Zielvorstellung blind ist." (Prinzipy postroenija perspektivnogo plana, planovoe chozajstvo 2/ 28; zitiert nach: Kakim byt' planu. Diskussii 20ych godov. Hg. E.B. Korickij, Leningrad 1989, c. 166.

33 Bereits Hegel untersuchte unter dem Titel *System der Bedürfnisse* in der Rechtsphilosophie (§§ 189- 208) die Arbeitsteilung in der bürgerlichen Gesellschaft. Marx nimmt das Thema auf (GR, S. 426f bzw. MEW 42, S. 434) und führt es aus im III. Abschnitt des zweiten Bandes und im 10. Kapitel des dritten Bandes. In letzterem Kapitel finden sich fast wörtliche Entsprechungen zum zitierten Abschnitt aus den GR. (MEW 25, S. 196). Es ist daher nicht so, wie Ute Osterkamp annimmt, daß "eine konsistente Behandlung des Bedürfnisproblems" bei Marx "nur als Programm existiert" (Motivationsforschung 2, Frankfurt/New York 1976, S. 33).

Wirklichkeit des (selbstverständlich freien) Willens alternativ auf L.S. Vygotski<sup>34</sup> verwiesen werden. Dieser stellt klar heraus, daß nicht der Werkzeuggebrauch allein Arbeit - "in einer Form, in der sie dem Menschen ausschließlich angehört" (Marx)- charakterisiert, sondern daß durch den Gebrauch des Werkzeugs ein bewußter Zweck realisiert wird.<sup>35</sup> Die Beherrschung der Natur in der Arbeit ist Grundbedingung menschlicher Existenz.<sup>36</sup> Sie erfordert die Beherrschung des eigenen Verhaltens, welches letzteres nicht die Etablierung böser Mächte, sondern Selbstbestimmung, vulgo Freiheit realisiert. Die Frage nach dem Arbeitsbegriff führt auf dieser Grundlage zum Begreifen der Produktion bewußter Zwecke und schafft so Voraussetzungen für bewußte Zwecksetzung.<sup>37</sup> Daß aber Planen bewußte Zwecksetzung ist, daraus wäre die Grundbestimmung freier Planwirtschaft zu entwickeln. "Erst in dem Bloßlegen der Zwecke der Produktion, in dem Zerschlagen des Scheins ihres An- sich- seins, in dem bewußten Setzen der Zwecke ist die Subjektivität der Arbeit entfaltet."<sup>38</sup>

Eine instrumentelle Bestimmung von Ökonomie schließt dagegen gerade die Subjektivität der Arbeitenden aus der Zwecksetzung der Produktion aus. Sie legitimiert die historisch vorgefundene, und an die vorhandenen Lebensbedingungen angepaßte alte Teilung der Arbeit in kommandierende und kommandierte Arbeit.<sup>39</sup> Die Beachtung der Notwendigkeiten der Reproduktion bleibt daher ein besonderer, von der materiellen Arbeit<sup>40</sup> getrennter Beruf. Die Leiter arbeiten an der notwendigen Organisation der Technik.<sup>41</sup> Sie vertreten die Interessen an produktiver Konsumtion, haben daran ihr Einkommen und ihre besonderen Untergebenen: die Angestellten. Das Selbstverständnis der Arbeitenden hat einer von ihnen klassisch, in einer auch für die DDR gültigen Weise während der Diskussion mit Gierek und Jaroszewicz auf der Werft in Szczecin 1971 ausgedrückt: "Wir werden arbeiten, so gut wir können, und Ihr regiert, so gut Ihr könnt."<sup>42</sup> Der Gegensatz, der damit akzeptiert ist, wird durch

34 Lev S. Vygotskij: *sob.soc. t. 3 (Istorija razvitija vysschych psichicheskich funkcii)* Vgl. auch den Schluß von "Denken und Sprechen", Berlin 1964, der erst vor dem Hintergrund der ausführlichen Studien zu Wille und Emotionen (Vgl. *sob.soc. t. 6, S. 91ff*) verständlich wird.

35 Marx' Kommentar zur Definition des Menschen als tool- making animal: MEW 23, S. 346

36 MEW 24, S. 125; MEW 23, S. 192 ff; MEW 25, S. 828. Zu letzterer Stelle ist anzumerken, daß Marx sich mit dem Gegensatz von äußerer Zweckmäßigkeit und Selbstzweck selbstverständlich auf das Teleologie - Kapitel in Hegels Logik bezieht (Wissenschaft der Logik, II, Leipzig 1951, S. 383 ff).

37 Es geht dabei nicht um eine utopische Beschwörung "der" Arbeit als erstem Lebensbedürfnis. Arbeit schließt unter allen Bedingungen Mühe und Leiden ein, sie ist Auseinandersetzung der Naturmacht Mensch mit der äußeren Natur, wofür eine gewisse Beherrschung der inneren, eigenen Natur des Individuums eine Voraussetzung ist. "Natur ist die unaufhebbare Bedingung des Menschen, der selbst Naturwesen ist." (Lothar Kühne: Über die Historizität des Subjektiven, in Dissertation B, Band II, Arbeiten zur Philosophie, Kunst- und Architekturtheorie, Berlin 1971, S. 5).

38 Lothar Kühne: Ökonomie und Politik in der sozialistischen Gesellschaft, WZ der HUB, Ges. Sprachwiss. R. XIX (1970) 5; hier zitiert nach der Wiedergabe in der Dissertation B, Bd. II, S. 30.

39 Vgl. dagegen Friedrich Engels im Anti- Dühring, MEW 20, S. 273ff.

40 Sicher muß der Begriff der produktiven Arbeit modifiziert werden, wenn es sich um arbeitsteilig reduzierte Tätigkeiten handelt. (MEW 23, S. 531f) Um dennoch nötige Differenzierungen zu erhalten, verwende ich hier die Bezeichnung materielle Arbeit, im Gegensatz zur ideellen Arbeit, welche letztere wesentlich in der Produktion von Zeichen besteht. "Geistige Arbeit" halte ich für eine ungeeignete Bezeichnung, weil dies immer den falschen Eindruck erweckt, daß nicht über die Beschaffenheit des Produkts, sondern über die Qualifikation der Produzenten geredet wird. Außerdem würde dieser Name den Schein der Selbständigkeit hervorbringen, der hier ganz unangebracht ist. Ich schließe mich der Formulierung der Klassiker (MEW 3, S. 31) also nur mit dieser Modifikation an.

41 Die Technik ist als Teil der Arbeit selbstverständlich von der Produktivkraft als einer Eigenschaft derselben unterschieden. "Produktivkraft ist natürlich stets Produktivkraft nützlicher, konkreter Arbeit und bestimmt in der Tat nur den Wirkungsgrad zweckmäßiger produktiver Tätigkeit in gegebenem Zeitraum." (MEW 23, S. 60)

42 Rote Fahnen über Polen. Seit wann schießt die Arbeiterklasse auf sich selbst. München 1972, S. 102. Es handelt sich dabei um die deutsche Übersetzung des Tonbandprotokolls der Diskussion. In

den zutreffenden Hinweis auf das notwendige Zusammenwirken im Wirtschaftsprozeß nicht aufgehoben.<sup>43</sup> Zwar sitzen "alle in einem Boot, aber die einen auf der Ruderbank und die anderen am Steuer." Was zur Überwindung des Kapitalismus gedacht war, erweist sich als eine merkwürdige Klassengesellschaft, die sich ihrer historischen Überlegenheit gar nicht so sicher sein konnte.<sup>44</sup>

## **2. Die führende Rolle der Partei**

Aufgrund des Einverständnisses in eine geteilte Verantwortung für ein ideelles Ganzes gibt sich die moralische Ökonomie auch eine moralische Form. Als übergreifende Einheit auf allen Ebenen bedarf sie einer Sonderorganisation, die das reale Einverständnis in einen gemeinsamen Zweck, d.h. die einverständenen Leiter und Angeleiteten organisiert. Eine Sonderorganisation, die sie über die Interessengegensätze hinweg auf die ideelle Gemeinsamkeit verpflichtet und so die abstrakte Einheit zur praktischen Geltung bringt: die Partei.<sup>45</sup> Da sie die bestehenden Gegensätze vermitteln muß, würde ein Gegensatz in ihr eine Gefährdung der Reproduktion der bestehenden Verhältnisse bedeuten: Fraktionsverbot. Als Repräsentant des Gemeinwohls ist die Partei per definitionem monopolistisch, in spontaner Reproduktion der Arbeitsteilung hierarchisch organisiert. Der Eintritt erfolgt durch die Zustimmung zur Unterordnung unter eine militärische Disziplin. Die Arbeiter bilden zwar einen wesentlichen Teil der Partei, funktional (politischer Einfluß in der Produktion) wie quantitativ, sie werden jedoch von den Angestellten und Leitern dominiert.<sup>46</sup>

Die Handlungsfähigkeit der Partei besteht nur durch die freiwillige Unterordnung der Mitgliedschaft unter die Führung, die Politbürokratie. Die Politbürokratie ist weder mit dem Parteiapparat noch mit den Nomenklaturkadern<sup>47</sup> identisch. Sie umfaßt die hauptamtlichen Partei- und Staatsfunktionäre, die zugleich Mitglied in gewählten Organen der Partei sind. Ein Zeichen für die innere Stabilisierung der Politbürokratie ist die Dauer, in der Wahlfunktionen durch diesen Personenkreis eingenommen werden. Die Willensbildung der Politbürokratie produziert den Zweck, für den die Ökonomie gerade zu stehen hat. Und es erweist sich als ein empirisch konstatierbarer Unterschied, ob der Zweck der Produktion aus der Produktion der Bedürfnisse entwickelt, oder durch eine selektive Bestätigung vorhandener Interessen gebildet wird.

---

deutscher Sprache liegt auch die informative, wenngleich historisch nicht ganz zuverlässige Einleitung zur italienischen Ausgabe vor (Rossana Rossanda: Gierek und die polnischen Arbeiter, in dieselbe, Über die Dialektik von Kontinuität und Bruch. Frankfurt/M. 1975.) Eine ausführliche Darstellung der Vorgänge findet sich in Lujan Adamczuks Referat auf dem VI. Soziologenkongreß Polens (Rewolta szczecinska. Analiza sociologiczno-historyczna; Lodz 1981. Abgedruckt mit Dokumenten in Piotr Marciniak/ Wojciech Modzelewski: Studia nad ruchami społecznymi t. II, Warszawa 1989, S. 43-112)

43 In der scheinbar nur durch die Produktionsmittel begründeten Hierarchie der Arbeitsplatzbeschreibungen wird nicht nur die Ausübung einer Teilfunktion mit dem Arbeitsverhalten verwechselt, sondern auch vom sozialen Zusammenhang der Arbeiten abgesehen. Die entstehenden Bilder reduzieren denn auch soziale Gegensätze zu bloßen Unterschieden und illustrieren nur die Weltansicht von Technokraten. (Vgl. Rudolf Bahro: Die Alternative, Berlin 1990, S. 191ff).

44 "Wir waren schwach, in unserem Kartenhaus durfte nicht geniast werden." - So Kurt Zeiseweis, in der DDR zuletzt Oberst des MfS in der Bezirksverwaltung Berlin, in seiner Antwort an Martin Böttger. (Es gab für uns kein zurück, in Zwiegespräch Nr. 31, Berlin 1995, S. 39ff).

45 Im Gegensatz der sozialen Gruppen ist ihre gemeinsame Teilnahme am Parteileben begründet, nicht in einer fiktiven Annäherung. Die These Rudolf Bahros von einem "relativ kontinuierlichen Übergang" der sozialen Gruppen und Schichten entspricht eben jenem ideologischen Bild aufgeklärter Parteiintellektueller, die die eigene Arbeit (in der Partei) zum Ausgangspunkt einer Alternative verklärten. (Die Alternative, Berlin 1990, S. 418).

46 Dietmar Wittich: Zur Soziologie der Umwandlung der SED in die PDS, in: Die PDS- Herkunft und Selbstverständnis. Berlin 1996.

47 Zum Nomenklatursystem der DDR vgl. Matthias Wagner: Ab morgen bist du Direktor. Berlin 1998.



Dem Parteivolk erscheint das Resultat der Vermittlung als Beschluß der Führung immer schon vorausgesetzt. Das Ziel der Einstimmigkeit soll durch die Produktion von Einsicht in die beschlossenen Notwendigkeiten erreicht werden. Es wird daher intensiv diskutiert, überzeugt und um jeden Einzelnen gerungen. Unübertroffene Form solchen Überzeugens sind Konferenzen, auf denen die Betroffenen nach einem Referat die Gründe für ihre Zustimmung erfinden und sich gegenseitig vorsagen. Für eine Kritik der Vorgaben sind diese Veranstaltungen gar nicht eingerichtet. Ihr Auftreten wird mit unnachsichtiger Repression beantwortet. Weitgehender Spielraum besteht jedoch in der Transformation der Richtlinien in Handlungsnormen für einzelne Bereiche. Hier kann die private Idee zur allgemeinen Norm befördert oder der eigene Alltag durch genehmigte Interpretation von Beschlüssen störfrei gemacht werden. Leitende und Angeleitete bringen beide ihre Ziele auf Seminaren, Allunionskonferenzen und Gewerkschaftsschulungen ein.<sup>48</sup> Das ganze System nannte sich demokratischer Zentralismus, ein Haupt- und Lösungswort nominalsozialistischer Gesellschaften.

Die Fortsetzung der produzierten Einstimmigkeit in die parteilose Umgebung der Avantgarde gelang nicht ohne weiteres. Für die einfachen Bürger gab es spezielle Organisationen, die gemilderten Anforderungen unterliegen, geringeren Einfluß besitzen und das Kunststück vollbringen sollen, alle zur Zustimmung zu bewegen. Solche Vereine mußten einen praktischen, nicht nur ideellen Nutzen nachweisen können, der aus der Mitgliedschaft entsteht. Dies galt in erster Linie für die Gewerkschaften, welche die Arbeiter und Angestellten organisieren sollten. Ihr Zwitterstatus zwischen einheitlichem Ziel und differenziertem Materialismus der Mitgliedschaft war ständiger Anlaß zur Vorsicht der Partei und der Grund für die Schulung ihrer Kader.<sup>49</sup> Die Einbeziehung und Kontrolle der "breiten Massen" verhinderte eine eigene Willensbildung sozialer Gruppen außerhalb der Prärogative der Partei. Hinter solcher bedingten Teilnahme an offiziellen Veranstaltungen stand aber die unbedingte Zwangsmitgliedschaft aller in jenem großen Vereine, der sich die "sozialistische Nation" nennt. So groß war das Vertrauen in die Übereinstimmung der individuellen und gesellschaftlichen Interessen nicht, daß die Partei auf einen Staat verzichtet hätte. Die nominalsozialistische Klassengesellschaft kann nur durch Gewalt existieren: sie braucht einen Staat, mit allen erdenklichen bürokratischen, juristischen, militärischen, (geheim)polizeilichen und sonstigen dienstlichen Attributen.<sup>50</sup> Auf Bajonetten kann man allerdings nicht sitzen. Was die Gewalt nicht leisten kann, die Vermittlung der Gegensätze, bleibt Beruf der Partei. Sie war gezwungen, Überzeugung und Gewalt durch selektive Befriedigung bestehender Interessen zu komplettieren. Daß dabei das Produktionsergebnis überfordert wurde, liegt weder an der übertriebenen Genußsucht der Staatsbürger, noch am übersteigerten Sicherheitsbedürfnis des Staates. Der Grund des beständigen Mangels lag vielmehr in den unbekanntenen Konsequenzen jeder Verteilungsentscheidung. Das resultierende Interesse an beständigem Wirtschaftswachstum erforderte aber seinerseits Mittel, die nicht konsumiert werden konnten.

Die Arbeit der Partei garantierte nicht die Erfüllung ihrer Funktion. Wie bei jeder Moral hat auch in der moralischen Ökonomie die praktische Relevanz der gemeinsamen Verpflichtung nur indirekt mit der realen Gestalt des Zusammenhanges zu tun: die unbeherrschten Reproduktionszusammenhänge setzten sich immer wieder mit der Gewalt eines Naturgesetzes durch. Die

48 Carl Heinz Janson: Totengräber der DDR, Düsseldorf 1991, S. 118.

49 Zu den Handlungsmustern der Gewerkschaftsbürokratie im Konfliktfall vgl. Werner. Eckelmann/ Hans-Hermann Hertle/ Rainer Weinert: FDGB - Intern. Innenansichten einer Massenorganisation der SED (Berlin 1990), S. 85ff, insbesondere die Zusammenstellung S. 92.

50 Thomas Klein/Udo Wolf: Rechtsstaatliches Unrecht oder unrechtstaatliches Recht? Utopie kreativ, Heft 21/22, Juli/August 1992.

Geschichte der moralischen Ökonomien schloß scharfe Krisen und überraschende soziale Veränderungen ein. Für die DDR spielten der 17. Juni 1953 und die Jahre 1959- 61 sicher eine besondere Rolle. Aber die Reproduktion der Wirkungen solcher Krisen basierte auf den alltäglichen Auseinandersetzungen. (Überhaupt stehen sich Alltag und Krise nicht wie Ruhe und Konflikt gegenüber.)

### **3. Die planmäßig proportionale Entwicklung**

Die reale Unterordnung der Ökonomie unter den beschlossenen Zweck kann nur gelingen, wenn jene Ziele in kontrollierbare Normen wirtschaftlichen Verhaltens umgesetzt werden. Der allgemeine Zweck soll so in einzelne Ziele differenziert werden, daß der Beschluß im ganzen erhalten bleibt und doch mit den vorhandenen Möglichkeiten und Zwängen vereinbar wird: die Planbilanzen müssen stimmen. Die Planerstellung ist Aufgabe einer gesonderten Behörde, welche die Formulierung des Gesamtinteresses gegenüber den einzelnen Produzenten übernimmt. So tritt Planung wie in bürgerlichen Unternehmungen auf: als Technik der Zielerreichung, als Organisation des Einsatzes der Mittel für einen vorausgesetzten Zweck.

Die dabei auftretenden Schwierigkeiten sind nicht in ein Informationsproblem aufzulösen: Die Größe Information beschreibt quantitative Eigenschaften von Zeichenmengen, sie hat mit der Bedeutung der Zeichen nichts zu tun.<sup>51</sup> Ob die Sätze eines Textes wahr oder falsch sind, hat auf die Berechnung ihrer Information keinen Einfluß. Kontrolle über den Wirtschaftsablauf kann aber nur auf der Grundlage von Wissen errichtet werden. Entscheidend ist, ob die Mitteilungen über Produktion und Verteilung richtig sind, d.h. ob die Subjekte der Ökonomie in der Lage und bereit sind, solche richtigen Mitteilungen zu machen. Die technische Redeweise von Informationsflüssen verschleiert diesen Fakt. Eine zentrale Planung der horizontalen, sozusagen naturalwirtschaftlichen Verflechtungen der Volkswirtschaft war nicht nur technisch unmöglich.

Die Planerstellung erfolgte nicht allein im Gegensatz zwischen zentraler Vorgabe und lokalen Absicherungsversuchen. Beide Pole pflegten darüber hinaus ihre eigenen Widersprüche: Die Plananforderungen sollten einerseits erfüllt werden, andererseits erhöhte Leistung fordern. Aussagen über Leistungsreserven waren per definitionem nicht exakt.<sup>52</sup> Die Planangebote sollten die Planerfüllung sichern, zugleich aber auch eine Verfügung über hinlängliche Mittel begründen.<sup>53</sup> Diese vielfältige Abhängigkeit von anderen Produktionen verwandelten die Ökonomen in ein eigenes Ideal moralischen Wirtschaftens: die allseitig proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft. Die harte Realität dieses Ideals waren die Verhandlungen über Zulieferungen und Absatzbedingungen. Die Betriebe waren durch ihre Produktionsbedingungen und Auflagen festgelegt. In die Auseinandersetzungen um den Plan konnten ihre Reproduktionsbedürfnisse jedoch nur als Anforderungen einzelner ökonomischer Subjekte eintreten. Es trat daher jederzeit der Verdacht auf, es handele sich bei ihnen um sehr beeinflussbare, nur subjektive Vorstellungen. Die einfache Lösung dieses Gegensatzes bestand in der Unterscheidung der Perspektiven: die eigenen Bedürfnisse sind natürlich, die der anderen müssen erst begründet werden. In der Kooperation ergab sich der Zwang zur Einigung. Mit der Rechtfertigung des beiderseitigen Bedarfs stellte sich ein durchaus vermitteltes Verhältnis zu den artikulierten Bedürfnissen ein. Aus der Diskrepanz von Leistungsanforderung und Möglichkeiten, die global unbestreitbar existierte, entwickelte sich immer wieder

51 Alexander A. Sinowjew: Logika nauki, Moskva 1972.

52 Claus Krömke in: Theo Pirker e.a.: Der Plan ... , S. 45ff, Carl Heinz Janson: Totengräber der DDR, Düsseldorf 1991, S. 100; vgl. G. Kusch/ R. Montag/ G. Specht/ K. Wetzker; Schlußbilanz DDR; Berlin 1991, 111f.

53 Wolfgang Rauchfuß in: Theo Pirker e.a.: Der Plan ... , S. 177.

ein Zyklus der Ausarbeitung von Plananforderungen und Planangeboten, von Verhandlungen und Erpressungen. Hinter bestätigten Plänen standen stets in zähen Verhandlungen herbeigeführte Kompromisse der ökonomischen Subjekte, die bei Änderungen neu verhandelt werden mußten.<sup>54</sup> Die Gesellschaftlichkeit der einzelnen Arbeiten erscheint, da ihr realer Zusammenhang unbekannt bleibt, in trauriger Zweisamkeit als gemeinsames Ideal und als realer Zwang: der Plan ist staatliches Gesetz. Und ein Recht ist nichts ohne eine Gewalt, die seine Durchsetzung erzwingt.<sup>55</sup>

Wiederholte operative Eingriffe bildeten die notwendige Fortsetzung des Planens. Sie zogen ihrerseits umfangreiche Plankorrekturen nach sich.<sup>56</sup> Die damit verbundene fortlaufende Umverteilung der Ressourcen erschwerte die Kontrolle der betrieblichen Reproduktion und machte bereits für kleine Vorhaben umfangreiche Absicherungsstrategien erforderlich.<sup>57</sup> Selbst die Jahrespläne funktionierten daher nur durch fortlaufende zentrale Intervention. Versuche, neuentdeckten Zwängen durch die Erfindung neuer Kennziffern zu begegnen, führten zu weiteren Konfusionen, da die neuen Kennziffern mit den bisherigen Vorgaben selten harmonisierten.<sup>58</sup> *Planung und Leitung* traten als Zwillinge auf, zwei Seiten einer Medaille, ohne die nichts ging. Die nie gebrochene, wenngleich oft kritisierte kurzsichtige Ausrichtung an den Jahresplänen war diesem Dualismus geschuldet. Um den Zusammenhang der vielen, gegenläufigen Bewegungen kontrollieren zu können, wurde ein beständiges Berichten befohlen, das seinerseits von vielfältigen Organen kontrolliert werden mußte.<sup>59</sup>

#### **4. Ware, Wert und Wertgesetz**

Im Plan mußten höchst unterschiedliche Anforderungen an den Betrieb zusammengefaßt werden, die sich zumindest teilweise gegenseitig ausschlossen. Das System der Kennziffern zur Kontrolle und Beurteilung der Produktion wandelte sich zudem unter wechselnden Erwartungen der Planer, die Synthese mußte praktisch vor Ort, im Betrieb hergestellt werden. Eine rationale Verbindung der verschiedenen Seiten sollten die ökonomischen Hebel garantieren. Deren unendliche Leidensgeschichte demonstrierte aber allein die Zufälligkeit des postulierten Zusammenhangs. Die Kunst der Betriebsleitungen bestand darin, erstens die Planerstellung zu beeinflussen, zweitens die Gesetzlichkeit des Planes zu instrumentalisieren, drittens alle offenen Möglichkeiten zu nutzen und viertens eine Nichterfüllung mit anderen Leistungen zu verrechnen oder in eine Plankorrektur zu verwandeln. Da die Betriebsleitungen wie die Belegschaften wußten, daß ihre Bedürfnisbefriedigung an die Plandurchführung gebunden ist, entwickelten sie ein neues Interesse - an nominaler Planerfüllung. Dieser spontanen Reaktion konnte nur auf der Grundlage verstärkter Kontrolle begegnet werden. Aus diesem Bedürfnis der Planer entsprang die Repatriierung der Geldrechnung in das ökonomische

54 "Bei Beginn der Plankoordinierung ist es nicht sicher, ob dieses gewaltige Gleichungssystem eine Lösung hat, ob es eine einzige oder mehrere Lösungen hat, und es ist natürlich nicht bewiesen, ob das Abstimmungsverfahren in Richtung auf irgendeine Lösung konvergiert. Jedenfalls ist es beachtenswert, daß die Plankoordinierung im allgemeinen in der Hoffnung geschieht, daß es eine Lösung gibt und daß diese eindeutig ist." (Janos Kornai, *Mathematische Methoden bei der Planung der ökonomischen Struktur*, Berlin 1967, S. 42).

55 "... denn Recht ist nichts ohne einen Apparat, der imstande wäre, die Einhaltung der Rechtsnormen zu erzwingen." W.I. Lenin: *Staat und Revolution*, Bücherei des Marxismus-Leninismus, S. 104.

56 Carl H. Janson: *Totengräber ...*, a.a.O., S. 139.

57 Carl H. Janson: *Totengräber ...*, a.a.O., S. 142.

58 G. Kusch/ R. Montag/ G. Specht/ K. Wetzker; *Schlußbilanz DDR*; Berlin 1991, S. 103f, C.H.Janson: *Totengräber ...* a.a.O., S. 145.

59 Carl H. Janson: *Totengräber ...*, a.a.O., S. 139, 150ff. Vgl. auch die doppelte Unterstellung der Buchhalter: G. Kusch/ R. Montag/ G. Specht/ K. Wetzker; *Schlußbilanz DDR*; Berlin 1991, S. 99.

Lehrsystem des Sozialismus: die wirtschaftliche Rechnungsführung.<sup>60</sup>

Die offizielle Anerkennung von Warenwirtschaft und Geld ist allerdings eine, von ihrer schnöden Existenz sehr verschiedene Angelegenheit. Das Produkt der eigenen Arbeit ist bei industrieller Fertigung wesentlich Nicht-Gebrauchswert für den Produzenten. Ob aber überhaupt mit vertretbarem Aufwand Gebrauchswert für andere produziert wurde, ließ sich vor Ort kaum ausmachen.<sup>61</sup> Zwar war die Souveränität der ökonomischen Subjekte immer, in größerem oder geringerem Maße, eingeschränkt. Ihre Reproduktion durch die Realisierung vertraglich geregelter Beziehungen untereinander bildete jedoch die Grundlage der Plandurchführung. Sie funktionierte auch unabhängig von zentralen Vorgaben.<sup>62</sup> Die gesetzlichen Schranken und der selektive und nahezu unbeschränkte administrative Eingriff zugunsten aktueller "Erfordernisse" bezogen sich immer, wenn auch meist negativ, auf diese Basis. Deshalb konnten die damit verbundenen ökonomischen und juristischen Formen ihre bürgerlichen "Muttermale" auch nie loswerden. Dem begegnete die Beschwörung "der Einheit von materieller und finanzieller Planung" und das Streben nach einem System fester Preise. Aus der Unterordnung unter den Zweck der Kontrolle der materiellen Produktion sind die realen, empirisch gegebenen Besonderheiten des sozialistischen Geldwesens zu begreifen. Die ökonomische Konvertibilität des dabei verwandten Kreditgeldes blieb immer prekär.

Die Fortführung finanzieller Kontrollverfahren erschloß dem nominalsozialistischen Kampf um Anerkennung ein neues Operationsfeld. Die Kalkulation der Planpreise und die Verteilung der finanziellen Zuwendungen war wohl administrativ geregelt, konnte aber nicht zentral durchgeführt werden. Statt dessen fanden in ihrer Bestimmung wieder all die verschiedenen Privatinteressen Eingang, die sich nur in anderer Weise den Schein des Allgemeinen verschafften.<sup>63</sup> Die notwendige Unterscheidung zwischen dem Objekt und dem Mittel der Kontrolle ging praktisch wie theoretisch verloren. Zwar konnte man Überschüsse in einigen Bereichen mit Verlusten und Planverfehlungen in anderen verrechnen, ein sachlicher Zusammenhang der Produktionen aber war so nicht zu erreichen. Konnte die Verbrauchswirksamkeit angesammelter Gelder bei den Betrieben weitgehend administrativ verhindert werden, so führte eine wachsende Differenz der Geldeinkommen der Bevölkerung einerseits und des Einzelhandelsumsatzes andererseits zu steigenden Sparguthaben. Die Sparguthaben wurden über das Sparkassensystem an die Staatsbank weitergegeben, die mit diesen "Mitteln" Kredite an die Volkswirtschaft ausgab. Hinzu trat die Verwendung von solchen Krediten zum Ausgleich des Staatshaushaltes. Aus dieser Politik resultierte die "innere Verschuldung" von DDR- Wirtschaft und Staat gegenüber dem Kreditsystem, im wesentlichen gegenüber den Sparkassen.<sup>64</sup> Veröffentlichte Angaben über diese Verschuldung

60 In der DDR nannte man dies Konzept "Kontrolle durch die Mark". (Jörg Roesler: Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, Berlin 1978 S. 62ff.)

61 Zur Utopie der Arbeitsstundenrechnung vgl. Harry Maier/ Karl Bichtler: Die Messung des Arbeitsaufwandes als politökonomisches Problem, in: Probleme der politischen Ökonomie, Band 10. Die präziseste Erfassung der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden beantwortet natürlich nicht die Frage, ob die dabei hergestellten Produkte Gebrauchswerte und in der richtigen Menge vorhanden sind. (MEW 25, S. 196). An der fehlenden Berücksichtigung dieser Frage scheitern immer wieder die detaillierten Beschreibungen der kommunistischen Zukunft. Sie setzten das Problem als bereits gelöst voraus. (Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung, in: Gruppe Internationale Kommunisten Hollands, Hamburg 1971).

62 Auch im Falle verspätet ausgearbeiteter Jahrespläne kam die Produktion nicht zum Stillstand, auf dem Gebiet der vormaligen UdSSR bilden derartige Verbindungen seit Jahren die Grundlage der Reproduktion.

63 Der alte Topos des "gerechten Preises" kam dabei unter dem Namen "wissenschaftliche Preisbildung" wieder zu Ehren. Ihre "wahre Wirklichkeit" entfaltete diese Preisform allerdings erst in den Statistiken der Zentrale.

64 David Marsh (Die Bundesbank, München 1992, S. 270) weist in diesem Zusammenhang auf

differieren stark, wahrscheinlich aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen zwischen Staatshaushalt und der Kreditaufnahme der Betriebe.<sup>65</sup> Auf diesem Wege wurde überschüssige nominelle Kaufkraft der Bevölkerung in die Industrie umgelenkt: Nominell, denn tatsächlich war der Prozeß ja lediglich Ausdruck der Tatsache, daß in diesem Umfang gar keine (dem Bedarf entsprechenden) Konsumgüter produziert worden waren.<sup>66</sup> Die vermeintliche Kontrolle führte im Haushalts- und Kreditsystem endlich zu einem Geldfetischismus eigener Art: "Gibt es Geld, wird alles gehen."<sup>67</sup>

An der systematischen Planlosigkeit des nominalsozialistischen Wirtschaftens und seinen Folgen konnte auch die Beschwörung des "unmittelbar gesellschaftlichen Charakters der Arbeit im Sozialismus" nichts ändern. Einerseits machte die Gesellschaft die Individuen unabhängig von den Bedingungen des Privataustausches, und andererseits ließ sie dieselben fortproduzieren auf der Grundlage des Privataustausches.<sup>68</sup> Das Dogma, daß die Ware unmittelbar Geld oder die in ihr enthaltene Sonderarbeit des Privatindividuums unmittelbar gesellschaftliche Arbeit ist, wird natürlich auch nicht dadurch wahr, daß ein Staat an es glaubt und ihm gemäß operiert. "Der Bankrott würde vielmehr in solchem Falle die Rolle der praktischen Kritik übernehmen."<sup>69</sup> Den Bankrott konnte nur ein politisch - moralischer Überbau aufhalten, der die Arbeit überhaupt erst kontrollierbar und kalkulierbar machte. Die theoretischen Konsequenzen solchen Vorhabens hatten schon die Jünger Saint- Simons entwickelt.<sup>70</sup>

### **5. Das Leistungsprinzip**

Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Losung der Saint - Simonisten zum

---

zwei Ausarbeitungen der Staatsbank hin: einen "Bericht über den Zusammenhang zwischen Staatshaushalt und Kreditsystem" vom 4. März 1975 und die "Einschätzung der Stabilität der Währung der DDR" vom 28.5. 1975.

65 So macht Gerhard Schürer für die Verschuldung des Staatshaushaltes gegenüber dem Kreditsystem folgende Angaben: 1970: 12 Mrd. Mark; 1980: 43 Mrd. M und 1989: 123 Mrd. Mark (Ansichten zur Geschichte der DDR 6, Bonn/Berlin 1996, S. 377). Andererseits bezifferte der damalige Finanzminister Höfner im Herbst 89 die Binnenverschuldung der DDR auf ca. 65 Mrd. Mark. Ein Problem beim Vergleich dieser Angaben besteht ohne Zweifel in der Abgrenzung des Gegenstand, insbesondere in der Zuordnung der Wohnungswirtschaft und ihrer Finanzierung.

66 Zur wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion vgl. Ulrich Busch, Zum Zusammenhang von Geldakkumulation und Proportionalität im Sozialismus - insbesondere unter dem Aspekt der Geldakkumulation der Bevölkerung. Diss. B Humboldt- Universität, Berlin 1983.

67 "денги будут - все будет" - so.in Nikolai I. Bucharins "Bemerkungen eines Ökonomen", Pravda, 28.9. 1928, wieder veröffentlicht N.I. Bucharin: Izbrannyje proizvedenija, Moskva 1988, S. 391ff, hier S. 412 bzw. N.I. Bucharin: Put' k socializmu, Novosibirsk 1990, S. 336ff, hier S. 360f. Der Aufsatz veranlaßte seinerzeit Frumkin zu der Feststellung, ein "künftiger Historiker wird in Unglauben verfallen, wenn er mit Bucharins 'Bemerkungen eines Ökonomen' konfrontiert wird, die eine und eine halbe Pravda- Seite benötigen, um die umstrittene Wahrheit zu beweisen, daß man keine Bauten ohne Baustoffe errichten kann." (Zitiert nach Edward.H. Carr/ R.W. Davies: Foundations of a planned economy, vol. 1, Harmondsworth 1969, p. 323).

68 Was das heißt, hat Marx deutlich genug aufgeschrieben: "Gebrauchswerte werden überhaupt nur Waren, weil sie Produkte voneinander unabhängig betriebener Privatarbeiten sind.... Da die Produzenten erst in gesellschaftlichen Kontakt treten durch den Austausch ihrer Arbeitsprodukte, erscheinen auch die spezifisch gesellschaftlichen Charaktere ihrer Privatarbeiten erst innerhalb dieses Austausches." MEW 23, S.87.

69 MEW 13, S. 66ff; MEW 4, S. 98ff. Zur Entstehung der dort diskutierten englischen Positionen vgl. E.P. Thompson, Die Entstehung ...; S. 880ff, Zu Recht stellt Hans Georg Backhaus über die entsprechenden offiziellen Lehren fest: "Die marxistische Werttheorie verblieb auf dem Boden der vormarxistischen Theorie und läßt sich ihrer begrifflichen Struktur nach nur als eine terminologisch neue Version der linksricardianischen Arbeitswerttheorie bestimmen." (Materialien zur Rekonstruktion der Marx'schen Werttheorie, S. 61.). Seine Kenntnisaufnahme der hoch interessanten Wertdiskussion in der Zeitschrift "Wirtschaftswissenschaft" Anfang der 60er Jahre dürfte wesentlich zu diesem Urteil beigetragen haben.

70 Vgl. "Die saint-simonistische Lehre" (Joachim Höppner, Waltraud Seidel- Höppner: Von Babeuf bis Blanqui, Bd. II, S. 144ff, besonders 158ff.)

„Arbeits- und Verteilungsprinzip der sozialistischen Gesellschaft“<sup>71</sup> erhoben wurde: *Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung*. Der Umstand, daß diese Formel erst mit der Stalinschen Verfassung in den Marxismus eingefügt wurde, haftete ihr nicht als Makel an.<sup>72</sup> Noch jede Reform des Nominalsozialismus trat mit dem Anspruch an, nun aber endlich das Leistungsprinzip zu verwirklichen - angesichts des Widerspruchs, der im Prinzip selbst liegt, ein allerdings stets gescheitertes, weil unmögliches Vorhaben. Es ist der alte Widerspruch konkreter und abstrakter Arbeit, der mit der doppeldeutigen Verwendung des Wortes „Leistung“ nur oberflächlich verdeckt wird. Einerseits sollen die Arbeitenden, die nicht als beauftragte Inhaber eines Arbeitsplatzes, sondern als freischwebende Bündel von Fähigkeiten beschrieben werden, diese Fähigkeiten in ihrer konkreten Arbeit verausgaben: eine ebenso anerkennenswerte wie ermüdende Leistung. Andererseits soll diese konkrete Arbeit entsprechend der *Leistung* entlohnt werden. Die konkrete Verausgabung der Arbeitskraft kann hier nicht gemeint sein. Im zweiten Teil der Formel meint „Leistung“ vielmehr den *gesellschaftlichen* Gebrauchswert des Produktes, der erst durch den Nutzen eines Produkts im Gebrauch durch andere festgestellt werden kann. Der Lohn ist kein Teil des individuellen Produktes. Er wird in Geld gezahlt und bezieht sich auf das gesellschaftliche Nettoprodukt, durch das allein eine Realisierungsmöglichkeit besteht. Das Interesse der Arbeitenden am Produkt ihrer Tätigkeit erweist sich als eine höchst fragwürdige Angelegenheit. Dieser Fragwürdigkeit trägt das Leistungsprinzip Rechnung: als unendliche Aufgabe, das Gleichgewicht von konkreter Arbeit und Lohn herzustellen. Damit findet die Hebeleie Eingang in den Kern des Vergesellschaftungsprozesses.

Den eigenen Materialismus spielten die Arbeiter durchaus genüßlich gegen den formalen Altruismus der Leiter und die erzwungene Entsagung der Angestellten aus. Zur Verfügung über Gebrauchswerte bestimmt, hatte der Lohn an der Verfügung über Gebrauchswerte sein Maß. Dem entsprach Arbeitszurückhaltung bei fehlender Realisierungsmöglichkeit ebenso wie rücksichtslose Überarbeit, um sich etwas leisten zu können. Eine private Lösung bestand in der Verlagerung von Beschaffungsaufwand in die Arbeitszeit. Einfluß auf die Lohnhöhe bestand für Arbeitskollektive, die die Balance zwischen Leistung und Lohnzahlung halten konnten, sei es durch die Verhinderung individueller Kontrollen oder durch das Ausgleichen der Arbeitsleistung. Die Kontrolle der eigenen Leistung war von der beruflichen Qualifikation der Arbeitenden, von Größe und Alter der Kollektive (interne Verständigung) sowie vom Einfluß auf die Arbeitsbedingungen (Materialfrage, Maschinensystem) abhängig. Ungeachtet daraus resultierender vielfältiger Unterschiede zwischen verschiedenen Beschäftigungszweigen und in den einzelnen Produktionen selbst, wobei die Lage von Frauen in der Leicht- und Lebensmittelindustrie besonders ungünstig war, konnte eine wirksame Kontrolle des Arbeitsverhaltens nicht etabliert werden. In dem Maße, in welchem die Befriedigung alltäglicher Bedürfnisse vom Arbeitseinkommen unabhängig wurde (Fixierung der Preise für den 'Grundbedarf', Wohnungsfrage), traten auf der Grundlage eines gelösten Lohnproblems andere Aspekte der Arbeit in ihrem Einfluß auf das Arbeitsverhalten hervor. Dies geschah jedoch immer vor dem Hintergrund, daß fast alle Einkommensmöglichkeiten an eine bezahlte Arbeit geknüpft waren, und blieb auf bestimmte Bereiche der Volkswirtschaft beschränkt.<sup>73</sup>

71 Herbert Meißner (Hg.): Geschichte der politischen Ökonomie. Grundriß, Berlin 1985. S. 240.

72 Vgl. dagegen den Kommentar der Alten: MEW 3, S. 494, sowie Trotzki's Kritik: „diese wenig überzeugende, um nicht zu sagen sinnlose Formel“ (Verratene Revolution, Trotzki Schriften, Bd. 1.2, Hamburg 1988, S. 960). Den Gründen für das Auftreten und die weitgehend selbstverständliche Akzeptanz dieser „sinnlosen Formel“ wird die Kritik Trotzki's allerdings nicht gerecht. (ebenda).

73 Das Erzielen eines, als ausreichend angesehenen Einkommens bildete die Grundlage für die Beurteilung des Arbeitsplatzes. Dies geht auch auf die relativ große Bedeutung sektoraler und betrieblicher Faktoren bei der Lohnbestimmung zurück. Vgl. zu diesem Problem Peter Hübner,

Angesichts offensichtlicher Disproportionen zwischen Geldeinkommen und Warenangebot machten Partei und Staat regelmäßig Vorstöße in den Fragen von Arbeitszeit und Normen. Sie wurden, ebenso wie Überlegungen für ein verschärftes Entlassungsrecht, vor allem aus politischen Gründen immer wieder relativiert. Die Berechnung der Selbstbeschränkung der staatlichen Autorität war weitgehend unbestritten und wurde mit dem Hinweis, "daß wir ja schließlich keinen Kapitalismus haben", eingefordert. Zwar war der Gesamtprozeß der betrieblichen Produktion der Kontrolle der Arbeitenden entzogen, aber es konnte keine entsprechende Kontrolle der einzelnen Arbeitsplätze errichtet werden. In klarer Abgrenzung nach oben wurde der soziale Raum am Arbeitsplatz als Grundlage der eigenen Stellung verteidigt. Rechtlich und organisatorisch trug man dieser Lage mit der Propagierung der Arbeitsbrigaden Rechnung.<sup>74</sup> Dem Versuch, die Selbstorganisation am Arbeitsplatz über materielle und ideelle Hebel zu instrumentalisieren, war beachtlicher Erfolg beschieden. Nicht zuletzt bestand der Erfolg in der Schlichtung und Beschränkung sozialer Konflikte. Allerdings ging dies mit einer Anerkennung der Hoheit der Arbeiter am Arbeitsplatz einher. Betriebliche Sozialleistungen sollten mangelnde Motivation materiell kompensieren und Loyalität zur Leitung befördern. Durch den Verteilungsmodus waren sie, ebenso wie der "sozialistische Wettbewerb", weitgehend in die Basisstrukturen zurückgebunden. Ein Zugang zu diesen Strukturen existierte für die Leitungen nur über einzelne Mitglieder, die dabei den Konsens mit ihren Kollegen nicht zerstören durften. Den Mustern der Arbeitsbeziehungen war die offene Artikulation von Interessengegensätzen im Betrieb fremd. Sozialen Konflikten im Betrieb wurde eine Anerkennung versagt, sie wurden in der offiziellen Wahrnehmung zumeist auf persönliche Differenzen und individuelle Probleme reduziert. Diese Auffassung fand ihre adäquate Gestaltung in der Einrichtung der Konfliktkommissionen.<sup>75</sup> Die Austragung von Konflikten war entweder durch die beschränkte Gültigkeit nichtoffizieller Regelungen begrenzt oder auf die Umfunktionierung bestehender offizieller Einrichtungen angewiesen. Verantwortung für den gesellschaftlichen Gebrauchswert des eigenen Produkts lehnten die Arbeitenden realistischerweise strikt ab. Unrealistischer Weise meinten sie, das an die Führung delegieren zu können. Solche falsche Selbstbeschränkung entspricht aber durchaus den Erfahrungen am Arbeitsplatz. Alltäglich durch die Ausübung einer Teilarbeit in einen engen Kreis wiederkehrender Abhängigkeiten gezwängt, bestanden eigene Freiheiten nur dort, wo sie nicht aus diesem Rahmen fallen; andernfalls wird die Machtfrage beantwortet. Für die DDR hat dies W. Ulbricht 1960 in später nie angezweifelter Deutlichkeit klargestellt.<sup>76</sup>

## **6. Ein Bankrott und die Folgen**

Die innerbetriebliche Befriedung scheiterte notwendig an den

---

Konsens, Konflikt und Kompromiß, Berlin 1995, S. 57- 88, und Fritz Rösler, in: Das Große Haus von außen (Hg. Hans Modrow, Berlin 1996), S. 168ff, hier S. 185. Für die Arbeitskräftelenkung war praktisch meist die Wohnungsfrage entscheidend.

<sup>74</sup> Jörg Roesler; Inszenierung oder Selbstgestaltungswille? Zur Geschichte der Brigadebewegung in der DDR während der 50er Jahre; Berlin 1994; Peter Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß, Berlin 1995, S. 212ff.

<sup>75</sup> Konfliktkommissionsordnung vom 4.10. 1968 (GBl. I Nr. 16 S. 287); Für die 80er Jahre galt dann das Gesetz über die gesellschaftlichen Gerichte vom 25.3.82 (GBl. I, Nr.13, S. 269).

<sup>76</sup> Jörg Roesler; Inszenierung oder Selbstgestaltungswille? Zur Geschichte der Brigadebewegung in der DDR während der 50er Jahre; Berlin 1994 hier S. 47ff; Vgl. auch Peter Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß, Berlin 1995; hier S. 218- 239.

gesamtgesellschaftlich reproduzierten Konflikten. Geringe Reserven ließen eine Einhaltung der Pläne selbst bei geglückter Abstimmung der verschiedenen stofflichen und finanziellen Bilanzen kaum zu.<sup>77</sup> Minimale Veränderungen zerstörten das fragile Gleichgewicht, dessen Vorausbestimmung aufgrund der Gegensätze zwischen Leistungsanforderungen und Produktionsrealität immer öfter die Anwendung der 5. Grundrechenart (Ch. Hein) erforderte.<sup>78</sup> Eine intensive erweiterte Reproduktion, das in den Parteibeschlüssen beschworene ökonomische *perpetuum mobile*, fand nicht statt.<sup>79</sup> Bei insgesamt geringer Akkumulation mußte die Konzentration der Investmittel zur Zerstörung des Grundmittelbestandes führen. Die geplanten Amortisationen waren niedrig, ihre Realisierung ungewiß. Über die SPK wurden solche Mittel umverteilt. Sie wurden für neue Investitionen, insbesondere im Wohnungsbau oder zur Subventionierung der Konsumtion verwendet. Entstehenden modernen Anlagen standen veraltende gegenüber.<sup>80</sup> Die Investitionsstrategie reproduzierte den beständigen Mangel an Arbeitskräften. Die zunehmende administrative Umverteilung fand ihren Niederschlag im Wachstum des Verhältnisses: Einnahmen des Staatshaushaltes zu produziertem Nationaleinkommen.<sup>81</sup> Außerhalb der Schwerpunktbereiche konnte zumeist kaum die einfache Reproduktion garantiert werden, oft nicht einmal die.<sup>82</sup> Die Jahre selektiver Investitionen setzten die Beschäftigten ganzer Zweige der Volkswirtschaft und der größten Teile der "nichtproduktiven Bereiche" einem fortschreitenden Verfall aus, der dem Zustand der sozialen Infrastruktur gleichkam.<sup>83</sup> Folgen für die Regionalstruktur der Ökonomie blieben nicht aus: der Verfall alter Industriezentren konnte durch einen Ausbau an anderer Stelle nicht kompensiert werden. Da solche Gegensätze auch den Wohnungsbau und die Gestaltung der

77 Carl H. Janson: Totengräber ..., a.a.O., S. 134.

78 "Die fünfte Grundrechenart besteht darin, daß zuerst der Schlußstrich gezogen und das erforderliche und gewünschte Ergebnis darunter geschrieben wird. Das gibt dann einen festen Halt für die waghalsigen Operationen, die anschließend und über dem Schlußstrich erfolgen." (Christoph Hein, Als Kind habe ich Stalin gesehen, Berlin/Weimar 1990, S. 145).

79 Der Terminus "intensiv erweiterte Reproduktion" ist kein wissenschaftlicher Begriff. Seine Verwendung schwankt um einen Bestand, der, im Anschluß an Autoren wie Hans Wagner, durch einen wachsenden Produktionsausstoß bei konstantem oder sinkendem Ressourceneinsatz charakterisiert werden kann. Zu den Problemen einer solchen und anderer Bestimmungen vgl. Jörg Roesler, Probleme der wirtschaftshistorischen Effektivitätsanalyse (= Kap. 1 in: Jörg Roesler/Renate Schwärzel/ Veronika Siedt: Produktionswachstum und Effektivität in Industriezweigen der DDR 1950-1970; Berlin 1983).

80 Den Mechanismus hat Hansgeorg Conert anhand der SU zutreffend beschrieben: "Unter dem Druck hoher Produktionsziele - und folglich nie ausreichender Kapazitäten - werden veraltete Anlagen nur in geringen Raten ausgeschieden.." (Die Ökonomie des unmöglichen Sozialismus, Münster 1990, S. 43) Die Grundfondsquote stieg nicht zuletzt wegen der unzureichenden Aussonderung veralteter Anlagen, insbesondere da die Kosten für Reparaturen (teilweise) dem Grundmittelbestand hinzugezählt werden.

81 Nehmen wir als Indiz für die Staatsquote das Verhältnis Einnahmen des Staatshaushaltes zum produzierten Nationaleinkommen (in effektiven Preisen) so ergibt sich folgendes Bild: 1960: 66,6%; 1970: 62,6%; 1975: 78,8%; 1980: 85,3%; 1985: 97,4%; 1988 schließlich lagen die Staatseinnahmen um mehrere Milliarden Mark über dem produzierten Nationaleinkommen. (Angaben nach StJB der DDR, verschiedene Jahre).

82 So garantierte die Investitionspolitik, daß das Menetekel von 1975 Wirklichkeit wurde. Damals hatten Otto Reinhold u.a. geschrieben: "Es wird nicht an Versuchen fehlen, einen Teil der entstehenden Mehrbelastungen durch die Senkung der Akkumulationsrate, vor allem des Anteils der produktiven Investitionen, abzufangen. Das hätte unweigerlich zur Folge, daß die erweiterte Reproduktion (und zum Teil sogar die einfache Reproduktion) in wichtigen Bereichen der Volkswirtschaft nicht mehr gesichert werden kann." (Theo Pirker e.a.: Der Plan ... , Beitrag Hertle, S. 312); Vgl. Peter Przybylski, Tatort Politbüro, Bd.2, Berlin 1992, S. 54.

83 So z.B. in der Textilindustrie, Lebensmittelindustrie, Landwirtschaft und dem Gesundheitswesen. Zu den Instandhaltungsaufwendungen vgl. Wirtschaftsreport, Berlin 1990, S. 61 Vgl. auch: Die marktwirtschaftliche Integration der DDR, Studie des IPW unter Leitung von Rainer Kowalski, April 1990, S. 22ff.



ökologischen Bedingungen einschlossen, verschlechterten sich dort die allgemeinen Lebensbedingungen nicht nur relativ, sondern absolut.

Die SED hatte sich Zeit ihres Lebens durch die unausgesetzte Kontrolle über Staatsapparat und Wirtschaftsbürokratie positiv von ihren Bruderorganisationen unterschieden. Ende der 80er konnte diese Kontrolle nicht mehr in entsprechende Eingriffsmöglichkeiten umgesetzt werden. Der Weg binnenfinanzierter und durch Valuta-Kredite gestützter Befriedung der Bevölkerung und selektiver Akkumulationsanstrengungen war am Ende. Weder hatte die Betreuung der Leute zur erhofften Erhöhung der Arbeitsproduktivität geführt - wie auch, da die Gründe für die geringe Produktivität ja nicht in der Leistungsverweigerung der Proleten bestand. Noch war das absehbare Ende einer voluntaristischen Mittelumverteilung durch die Aufnahme von Westkrediten verhindert worden. Der Versuch, sich die eigene Souveränität durch die Bereitschaft zur Benutzbarkeit zu erkaufen, war fehlgeschlagen. Der DDR-Staat sah sich Ende der 80er Jahre vor der Notwendigkeit einer Umschuldung mit allen politischen und sozialen Konsequenzen, wie sie damals in Polen oder Rumänien<sup>84</sup> zu besichtigen waren.

Aber die vergnüglichen Kontroversen, wann denn die DDR endgültig pleite gewesen wäre, und eine ganze Reihe von Daten zwischen 1977 und 1989 ist da im Angebot, verschleiern die sozialökonomischen Grundlagen für das Abtreten der DDR ebenso gekonnt, wie sie die Anschlußpolitik von BRD- und de Maiziere-Regierung verharmlosen. In diesen Kontroversen treffen die heftigen Kritiker der DDR, die nimmermüde vom Staatsbankrott des Landes reden und die Alternativlosigkeit von Währungsunion und Privatisierung verteidigen, auf die unbeirrbarsten Verteidiger des Landes, die Klage ob des verschleuderten Erbes der DDR erheben. Wie selbstverständlich wenden die Kontrahenten dabei Vorstellungen aus der Sphäre privaten Rechts (Konkurs, Erbe) auf einen Staat an, der doch ebenso selbstverständlich kein privates Rechtssubjekt ist. Private Zahlungsunfähigkeit wird zum Konkurs erst durch den gewaltsamen Zugriff der Gläubiger auf das Eigentum des Schuldners. Kein Bankrott ohne entsprechende Gewalt, sei diese nun privater Natur, wie im alten Italien, oder es tritt dabei, im eigenen Land meist rechtlich geregelt, ein Staat in Aktion. Die notwendige Voraussetzung der Rede vom Staatsbankrott ist die Unterordnung unter die Gewalt eines anderen Staates, ein politischer Fakt, der in der Debatte als ökonomische Tatsache verkannt wird.<sup>85</sup>

Für den Westen entfiel die Notwendigkeit zur Stützung der DDR-Politbürokratie in dem Moment, da man den ganzen Laden übernehmen konnte. Die Kontrolle über diesen Prozeß ließ sich die BRD nicht nehmen. Voraussetzung für weitere Kreditgeschäfte mit dem Westen war - nach dem faktischen Zusammenbruch des Ostblocks im Sommer 1989 (UdSSR, Polen, Ungarn) - jene innere Stabilität, die zugleich erst durch dieses Geschäft geschaffen werden sollte. Ein absurder Widerspruch, dessen Auflösung die Bundesregierung und später, unter ihrer sachdienlichen Anleitung, die de Maiziere-Regierung übernehmen sollten. Diese folgte dann in ihrer Anschlußpolitik jener Generallinie der SED-Politik, die seit den 70er Jahren vor den ungelösten inneren Schwierigkeiten in die ökonomische

<sup>84</sup> Arbeiterpolitik, Bremen, 5/ 1990.

<sup>85</sup> Der sogenannte Staatsbankrott feudaler Souveräne ist von der oben bezeichneten Situation wesentlich verschieden. Vgl. Josef Kulischer: Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, Bd. II, S. 245ff und 358ff. Während ein moderner Bankrott die Schädigung des Schuldners sichert, ruinierte der feudale Staatsbankrott die (bürgerlichen) Gläubiger. Eine Beispiel gut bürgerlicher Konkursverwaltung bietet die Dette Ottomane (Ernst Werner/Walter. Markov: Geschichte der Türken, Berlin 1979, S. 212 oder Hakki Keskin: Die Türkei, Berlin/W. 1981).

Zusammenarbeit mit der BRD auswich. Während die SED-Politbürokraten auf diesem Wege ihre Staatsmacht stabilisieren wollten, sie aber tatsächlich geschwächt haben, fielen dann bei der Anschlußkoalition Zweck und Wirkung zusammen. Die Auflösung der sozialen Zusammenhänge in der DDR diente als Argument für die Beschleunigung der Anschlußbemühungen, deren Erfolg zur weiteren Atomisierung der DDR-Gesellschaft führte. Die schwierige Herstellung einer eigenen Souveränität wurde ersetzt durch den Import einer fertigen Staatsmacht, die den Übergang in die Freiheit der Marktwirtschaft erzwingen konnte. Die, im Vergleich zu anderen Ländern Osteuropas singuläre Gestalt der Wiedereinführung des Kapitalismus auf dem Gebiet der DDR, resultiert aus dieser Besonderheit. In Form (durch eine zentrale Behörde) und Inhalt (Erwerb durch die bundesdeutsche Bourgeoisie) wurde der Privatisierungsprozeß wesentlich durch sie geprägt. Kein DDR-deutsches Spezifikum ist die Passivität der Arbeiterklasse bei der Wiedereinführung des Kapitalismus, die hier den Hintergrund für die Transformation sozialistischer Leiter zu subalternen Industrieoffizieren bildete. Diese Passivität entsprang nicht allein aus einer Einsicht in die eigene Ohnmacht angesichts des gesellschaftlichen Verfalls. Vielmehr entstand die Auffassung von der eigenen Ohnmacht selbst erst aus der allgemein anerkannten "knechtende(n) Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit"<sup>86</sup>, die dem moralischen Wirtschaften in allen Formen eigen ist.

--

Erstveröffentlichung: Bernd Gehrke/Wolfgang Rüdtenklau (Hg.): ... das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende. Münster 1999

---

86 MEW 19, S. 21.